

Bundesminister  
Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek  
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung  
Minoritenplatz 5  
1010 Wien

Wien, am 09.05.2022

Sehr geehrter Herr Bundesminister  
Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek,

die Entwicklung der letzten Monate bereiten den Universitäten große Sorgen. Es war beim Abschluss der Leistungsvereinbarungen nicht vorhersehbar, dass die Energiekosten durch den Ausbruch des Krieges in der Ukraine und in Folge die Inflation in diesem hohen Maße steigen werden.

Demgegenüber stehen im Herbst geplante Gehaltsverhandlungen, die auch für die Bediensteten einen Ausgleich für die stark anwachsenden Lebenserhaltungskosten bringen müssen. Die Budgeterhöhungen der Universitäten im Rahmen der Leistungsvereinbarungen können diese Kosten nicht einfangen. Gem. § 13 Abs. 3 UG kann bei gravierenden Veränderungen der ihr zugrundeliegenden Rahmenbedingungen sowie für besondere Finanzerfordernisse die Leistungsvereinbarung einvernehmlich abgeändert werden.

Aus diesen oben angeführten Gründen ersuchen die Bundesvertretungen 13 und 16 der Gewerkschaft öffentlicher Dienst um Anpassung der Leistungsvereinbarungen der Universitäten an die derzeitige und zu erwartende Marktlage.

Mit freundlichen Grüßen

Reg.Rätin. Gabriele Waidringer e.h.  
Vorsitzende der Bundesvertretung 16

Dr. Martin Tiefenthaler e.h.  
Vorsitzender der Bundesvertretung 13

Kopie  
Uniko